

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Postamt Riesa Nr. 22.

Nr. 229.

Dienstag, 30. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. um sechs, 4. um hohe Grundstiftungszeile 16 Silben. 25 Gold-Pfennige; die 89. um breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Handlicher Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befreiungsort: Riesa. Künftigige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Befreiungseinrichtungen - hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Der Reichsfinanzminister an die deutsche Wirtschaft.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte dem Berliner Vertreter der Leipziger Nachrichten eine Unterredung. Auf die Bemerkung des Vertreters, daß die Presse mehrfach über Aurenungen von Wirtschaftsfreien berichtet habe, die auf eine Erhöhung der Verbilligungsmaßnahmen durch einen Steuerabbau auf der ganzen Linie hinzielen, erwiderte der Minister: Es ist in der Tat eine Fülle von Aurenungen und Forderungen von Wirtschaftsfreien auf das Finanzministerium eingegangen. Sie sind bezeichnend für die erste Lage der Wirtschaft und werden hier im Ganzen sorgfältig geprüft. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß sie vielfach unsere finanzielle Lage durchaus falsch beurteilen und geeignet sind, in der Öffentlichkeit ein unrichtiges Bild über die Bedingungen und Möglichkeiten des Preisabbaues hervorzurufen.

Es hat mich überaus, daß man zum Beweis für den günstigen Stand unserer Finanzen hier und da den Rückgang der Goldanleihe, deren Notwendigkeit nicht bezweifelt wird, in einer längeren Widerlegung geltend macht. Ich habe in meiner Reichstagsrede vom 22. August deutlich gesagt, daß die besonderen Leistungen, die das Reich in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 vollzogen hat, darunter namentlich der Rückgang der Goldanleihe, nicht aus laufenden Steuern, sondern aus den einmaligen Einnahmen der damaligen Zeit bewirkt worden sind. Was den hier und da zu treffenden Hinweis auf ein dauerndes Guthaben des Reichs in Höhe von mehreren hundert Millionen Goldmark bei der Reichsbank betrifft, so ist richtig, daß das Reich vorübergehend ein fast ausschließlich aus kurzfristigen Kassenmarktschulden bestehendes Guthaben in dieser Höhe bei der Reichsbank hatte. Daß sich auf der Grundlage derartig kurzfristiger Kredite keine neue Reichsanleihe ausbauen läßt, dürfte nicht bestritten werden. Wenn das Reich noch heute solche Kredite in allerdings fast vermindertem Umfang hat, so ist das eine bittere Notwendigkeit, weil sonst der Betriebsfonds, der bekanntlich im Frieden 600 Millionen Goldmark betrug, für die Finanzwirtschaft des Reichs fehlen würde. Das Vorhandensein eines Betriebsfonds ist die Voraussetzung dafür, daß wir wieder zu einer geringeren Anzahl von Steuerzahlungsperioden zurückkehren.

Ich bin erstann darüber, daß man vielfach so schnell rübersehen hat, unter welchen Schwierigkeiten sich im November vorigen Jahres der Übergang in eine stabile Währungs- und Staatswirtschaft vollzogen hat, und welcher außerordentlich harten Eingriffe der Reichsregierung es bedurfte, um die Stabilität herbeizuführen. Wenn man Steuererhöhungen großen Stils befürwortet, so müßte man der Meinung sein, daß die Stabilität des Staats sehr stark sei und das Reich für die Erfüllung nicht nur der notwendigen, sondern auch der wünschenswerten Bedürfnisse Geld genug übrig habe. Daß das Gegenteil der Fall ist, ist leider Tatsache. Die Gehälter der Beamten sind noch auf einer Stufe, die der breiten Masse der Beamtenschaft gerade das Existenzminimum läßt. Der Beamtenabbau hat mit bellagender Härte vollzogen werden müssen. Für eine ausreichende Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Volksschichten haben Mittel nicht erübrigt werden können. Die laufenden Verwaltungen des Reichs sind durch eine strenge Austerität der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder zu starken Einschränkungen gezwungen. Die Wünsche der Reichstagsparteien zur Auf-

wertungsfrage müssen an der Finanzierungsfrage eine unüberwindliche Schranke finden.

Ich bin durchaus davon überzeugt, daß die Steuerlast, die von Reich, Ländern und Gemeinden auf die Wirtschaft gelegt wird, so gering sein muß wie irgend möglich. Dazu wird es notwendig sein, auf dem Wege weiterer Ersparnisse nicht müde zu werden und besonders in denjenigen öffentlichen Verbänden, in denen bisher das Wort "Sparen" noch immer nicht groß geschrieben wird, endlich mit einem durchgreifenden Sparen zu beginnen. Ich glaube, daß es sehr viele Deutsche gibt, die durch Beobachtung von öffentlichen Verbänden in ihrer Nähe die Punkte genau feststellen können, wo Ersparnismaßnahmen möglich und notwendig sind. Ich würde es sehr begrüßen, wenn jeder Deutsche, der diese Gelegenheit hat, in seiner Nähe zu wirken, nun auch nachdrücklich in diesem Sinne arbeitet. Der Reichsfinanzminister ist durchaus nicht die geeignete Anlaufstelle für alles, was in Deutschland geschieht oder nicht geschieht. Ich glaube z. B., daß meine alten Kollegen, die Stadtkämmerer, mir eine solche Annäherung durchaus ablehnen würden.

Daß die Steuern in vieler Hinsicht verbessert und dabei mit aller Kraft tragbarer gestaltet werden müßten, darüber habe ich nie einen Zweifel gefaßt. Aber alle Bestrebungen der Regierung werden zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, wenn nicht die ganze Wirtschaft von dem gleichen Geiste durchdrungen wird.

Die erforderliche Wirtschaftsvereinigung auf betriebstechnischem, kaufmännischem und organisatorischem Gebiet ist noch keineswegs in einem Maße fortgeschritten, daß heute schon ein Anschluß an die Weltmarktvorgänge gesichert ist.

Ich weiß sehr wohl, daß sich die Wirtschaft in außerordentlich schwieriger Lage befindet und daß es eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen gibt, die ihre Unkosten nicht herauswirtschaften können. Ich weiß aber auch, daß für andere Teile der Wirtschaft die Förderung nach Preisabbau durchaus berechtigt ist. Es werden heute noch in nicht unerheblichem Maße von Verbänden Preise vorgeschrieben, die die hohen Kosten einer auf erweiterten Produktionsumfang eingestellten Erzeugung und Verteilung selbst bei weicher zurückgehendem Umfang bereinigen lassen und dadurch die Absatzverhältnisse, statt sich zu heben, nur vollends verkümmern lassen.

Ich halte durchaus an meinem Worte fest, daß es folgenschwer sein würde, wenn sich die Tarifermäßigungen, Steuerermäßigungen usw. die jetzt eingetreten sind, nicht auf die ganze Preisgestaltung auswirken. Ich hätte es deshalb aufrichtig begrüßt, wenn die Wirtschaftspunkte, für die die Preisabnahme die volle Verantwortung trägt, neben den Forderungen auf Steuerermäßigungen von den betreffenden Wirtschaftskreisen eingehend gewürdigt worden wären. Vielfach aber stellt man es so dar, als wenn alles allein von den Steuern abhänge und dies ist eine wirkliche Täuschung für die Öffentlichkeit und darüber hinaus eine Enttäuschung. Ich habe nie gesagt, daß die Umänderung der Steuern beendet sei. Ich bin umgekehrt bereit, auf diesem Gebiet in planvoller Entwicklung das Meine mit aller Kraft zu tun. Die Wirtschaft aber muß ich ebenso dringend bitten, das Ihre zu tun.

Reichsregierung und Preisabbau.

Berlin. Aus Kreisen der Verbraucher sind an die Reichsregierung und die Landesregierungen mannigfache Klagen gerichtet worden, daß die Preisabbaumaßnahmen bisher keinerlei Ergebnisse gezeigt haben, vielmehr gerade die Preise der notwendigen Lebensmittel in fortwährendem Steigen begriffen sind. Die preussische Regierung hat darauf bei der Reichsregierung angesetzt, demnach in einer Besprechung der beteiligten Verbände über neue durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung zu beraten. Die Vorarbeiten zu dieser Besprechung sind noch nicht abgeschlossen. Jedoch verkantet bereits aus unterrichteten Kreisen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Ländern vorzuschlagen, eine Änderung ihrer Kreditpolitik in der Weise vorzunehmen, daß die Reichsbankkredite mehr als bisher denjenigen Kreisen zugewandt werden sollen, die in erster Linie für die Erzeugung in Frage kommen. Weiterhin sind im Reichsfinanzministerium Vorarbeiten über eine Umstellung der Steuerpolitik im Gange, die ebenfalls die Erzeugung entlasten und damit zur Erleichterung des Lebensmittelpreises beitragen soll. Von preussischer Seite wird insbesondere darauf hingewiesen, daß es unbedingt nötig sei, die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem Kleinhandelspreis zu vermindern und die Mittel ausfindig zu machen, um insbesondere der großstädtischen Bevölkerung die notwendigen Erzeugnisse unter Ausschaltung der zahlreichen Zwischenhandelsgewinne zugänglich zu machen.

Eine Reichsdenkschrift über die Umsatzsteuer.

Berlin. Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt ist, zu dem Problem der Umsatzsteuer Stellung genommen. Die Denkschrift erörtert u. a. die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems, dessen besonders nachdrücklich gerägte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr

und die Belastung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesem Problem kommt die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems der besonderen Verhältnisse in der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes beboben werden.

Nach der Ueberreichung des deutschen Memorandums.

Berlin. Wie wir von unterrichteter außenpolitischer Seite erfahren, hat sich der französische Ministerpräsident Herriot anlässlich der Ueberreichung des deutschen Memorandums über die Völkerbundfrage bereit erklärt, in einem Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung einzutreten. Es werden demnach zunächst deutsch-französische Besprechungen stattfinden, während die übrigen Völkerbundmächte den Verlauf dieser Vorverhandlungen abwarten werden. In der Schweizer Presse befinden sich Meldungen, in denen behauptet wird, der Eindruck des deutschen Memorandums sei niederschmetternd, da von einer ernsthaften Ueberlegung Deutschlands in der Völkerbundfrage, nach dem Memorandum keine Rede sein könne. In den maßgebenden Berliner Regierungskreisen verneint man, daß es sich hierbei nur um leere Sensationsmeldungen handeln könne. Alle Besprechungen, die den deutschen Schritt in diesem Sinne beurteilen, können unmöglich auf tatsächliche Unterlagen zurückzuführen sein, da der Inhalt des deutschen Memorandums erst am Montag den beteiligten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden ist. Man hat in Berliner Auswärtigen Amt nicht den Eindruck, daß die beteiligten Regierungen das deutsche Memorandum als eine verheißene Verwicklungsstrategie beurteilen werden, sondern daß, wie bereits aus dem Beispiel Frankreichs hervorgeht, sie bereit sein werden, in eingehende Erörterungen mit der Reichsregierung einzutreten.

Heftige Kämpfe bei Schanghai.

London. (Funknachricht.) Daily Mail berichtet aus Schanghai, daß der Bürgerkrieg zwischen den Militärregimenten der Provinzen Kiangsu und Tscheking sich zu einer allgemein gegen Schanghai gerichteten Offensive entwickelt habe. Nach heftiger Artillerievorbereitung sei der bisher schwerste Angriff des Krieges am Sonntag etwa 20 Meilen außerhalb der Mauern der Stadt unternommen worden. Keine der beiden Seiten habe merkliche Vorteile errungen. Die Verteidiger von Schanghai hätten jedoch dadurch, daß sie einen gefährlichen Vogen abkürzten, die Gefahr eines unmittelbaren Durchbruchs abgemindert. 400 Vermundete seien in Schanghai eingetroffen. Weitere Vermundete würden erwartet. Es werde mitgeteilt, daß Tschangtschun 50 000 Pfund Sterling für die Befangennahme Tsoo Kuns, des Präsidenten von China, oder Wupeljus und 15 000 Pfund für ihre Köpfe angeboten habe.

London. (Funknachricht.) Times berichtet aus Schanghai, daß die Offensiv der Kiangstruppen den ganzen Tag andauerte. Der Angriff von Linbo 20 Meilen nordwestlich Schanghai bis zur Bahn war begleitet von schwerer Artilleriefeuer und wurde in mehreren aufeinanderfolgenden Infanterieangriffen vorgetragen. Die Truppen Tschangtschuns behaupteten jedoch ihre Stellungen.

London. (Funknachricht.) Daily Mail berichtet aus Nudun, ein offizielles Kommuniqué des Markshalls Tschangtschun besagt, in der Nacht vom 25. September griffen General Wus Truppen seine Streitkräfte nordöstlich von Jehou 150 Meilen von Peking entfernt an. Tschangtschun habe die Angriffe zurückgeschlagen. Am nächsten Abend habe der Feind, nachdem er Verstärkungen erhalten hatte, den Kampf wieder aufgenommen. Die Schlacht habe die ganze Nacht gedauert. Der Feind sei von neuem ernstlich geschlagen worden und die zweite Armee von Nudun rücke jetzt in südliche Richtung vor. In dieser Schlacht habe der Feind 500 Mann an Toten und 1000 Vermundete erlitten sowie zahlreiche Gefangene verloren. Mengen von Munition seien erbeutet worden.

Der Beschluß der Deutschnationalen.

Berlin. Die Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstage, die sich bis gegen 8 Uhr abends hinzieht, endete mit dem Beschluß, daß die Fraktion sich Verhandlungen über die Regierungsabänderung, die gemäß den Erklärungen des Reichstagsamts von der Reichsregierung an sie herantreten könnten, nicht verweigern wird. Die für etwaige Verhandlungen in Betracht kommenden Persönlichkeiten sind bereits festgesetzt. Es sind die Abgeordneten Graf Westarp, Dr. Herat, Schiele und Behrens. Es hat in der Fraktion, wie wir weiter hören, Einmütigkeit in dieser Auffassung bestanden.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes.

Berlin. Die nunmehr offizielle Bestätigung der Nachrichten, wonach im Völkerbundsrate die Militärkontrolle in der Weise geregelt worden ist, daß Deutschland von der aktiven Teilnahme ausgeschlossen bleibt, hat in Berlin politischen Kreisen tiefe Verstimmung erregt. Von Seiten der Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß sie schon seit langem einen solchen Beschluß befürchtet und sich deshalb in dem Memorandum über die Frage des Eintritts von vornherein dagegen verwahrt habe, weiterhin lediglich Objekt einer Militärkontrolle durch den Völkerbund zu sein. Diese Verwahrung bleibe natürlich auch gegenüber dem neuerlichen Beschluß in Kraft, und es werde von einem Eintritt Deutschlands nur dann die Rede sein können, wenn diese Frage in zufriedenstellender Weise geregelt werde. Allerdings lauten die bisherigen Nachrichten aus Gené ziemlich pessimistisch und es ist mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, bevor daran gedacht werden kann, die Hindernisse zu beseitigen, die bisher einer gleichberechtigten Teilnahme Deutschlands an der Militärkontrolle im Wege stehen.

Die Genfer Lösung der Militärkontrolle und die französische Opposition.

Paris. Eine Novelle stellt an leitender Stelle mit Genugtuung fest, daß die Oppositionsgruppe an der in Gené erzielten Lösung der Militärkontrolle nichts aussetzen könne. Der Plan sei technisch äußerst einfach und lasse sich damit zusammenfassen: 1. Der Völkerbund trifft eine Entscheidung. 2. Die ständige Militärkommission trifft Anstalten. 3. Der Sachverständigenausschuß führt aus. Das Blatt läßt fortbeglückwünschen wie Herriot dazu, daß er von den Verblüdeten das erreicht hat, was vor einem Jahre Poincaré abgelehnt worden ist. Der Vertrag tritt diesmal voll und ganz in Geltung, ohne daß man den Eindruck hat, daß die Kontrolle zu imperialistischen Zwecken ausgedeutet werden soll. Deutschland, das sein nationales Selbstbewußtsein vorzuziehen konnte, solange es mit französischer Offizieren zu tun hatte, wird gegenüber dem Vorkommen eines internationalen Ausschusses machtlos sein. (!)